

A. Leitantrag

A. 1. Parteireform: „Mit neuen Ansätzen zu alter Stärke“

ÄA. 1.3. Änderungsantrag: Ersetzung des Kapitels „Warum wir Gleichstellung brauchen – Frauenförderplan erarbeiten“

Einreicher*innen: Susanne Scheidereiter

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Ersetzung in Zeile 285 - 320:

Gleichstellung und Feminismus: Für einen antisexistischen Konsens!

Die letzten Wochen waren geprägt von einer breiten sowie emotionalen Debatte zu Missbrauchserfahrungen von überwiegend Frauen* sowie sexuellen Übergriffen in unserer Partei. Unter #linkemetoo ergriffen (vor allem junge) Menschen das Wort, die ein Bild unserer Organisation formen, dass zum Teil geprägt ist von Grenzüberschreitungen, patriarchalischem Machtmissbrauch sowie einer Machokultur. Ebenso bedenklich sind offensichtlich mangelhafte Aufklärungsstrukturen.

Diese Zustände sind nicht hinnehmbar und es ist unerträglich, wenn 1. Opfer nicht gehört werden bzw. ihnen nicht geglaubt wird, 2. Täter geschützt werden und Parteimitglieder aufgrund dessen unsere Partei verlassen und 3. ein Klima herrscht, dass es vor allem Frauen* schwer bis unmöglich macht, ernst genommen zu werden, mitzugestalten und sich zu verwirklichen. Darüber hinaus führen sexistische Strukturen insbesondere für Frauen und LSBTIQ* Personen zu körperlicher und sexualisierter Gewalt.

Antisexistische Richtlinien umsetzen: feministische Strukturen stärken!

Um von sexualisierter Gewalt betroffene Menschen zu schützen sowie zu unterstützen bzw. diesem grenzverletzenden Verhalten vorzubeugen, haben wir als sächsischer Landesverband bereits verschiedene Hilfesysteme entwickelt. Allem voran steht dabei unser inhaltliches Selbstverständnis unter dem Titel „Für einen antisexistischen Konsens“, das wir im November 2021 beschlossen haben. Darin weisen wir auf patriarchale, teils sexistische Strukturen in unserer Partei hin und zeigen Möglichkeiten für eine fundierte sowie ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Dazu gehört aber auch seit März 2021 eine gewählte Vertrauensperson innerhalb des sächsischen Landesverbandes. Diese parteiinterne Vertrauensperson ist einerseits Anlaufstelle für Genoss_innen und parteinahe Menschen bei sexualisierter Belästigung und Diskriminierung. Andererseits wirkt sie sensibilisierend und aufklärend in die verschiedenen Stadt- und Kreisverbände der sächsischen LINKEN hinein. Weiterhin werden gemeldete Vorfälle anonymisiert in einem jährlichen Gleichstellungsbericht dokumentiert und ausgewertet.

Ziel soll es sein, schnellstmöglich konkrete Hilfs- bzw. Awarenessstrukturen in allen Stadt- und Kreisverbänden zu initiieren sowie diese durch regelmäßige thematische Angebote von Weiterbildungen und Seminaren zu unterstützen.

Gemeinsam einen Frauenförderplan erstellen

Fakt ist, dass wir endlich ein Klima schaffen müssen, in dem FLINTA* sich selbstbestimmt und in einer gewaltfreien politischen Kultur und Praxis in unserer Partei verwirklichen können. Wir werden weder die strukturellen Probleme in unserem Landesverband, noch die drängenden Fragen zur Zukunftsfähigkeit linker Politik nachhaltig lösen können, wenn wir den Mangel an gleichberechtigter Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit in unserer Partei nicht beheben. Wir sind eine feministische Partei und müssen diesem Grundkonsens, unseren Worten Taten folgen lassen.

Fakt ist auch: Im Landesverband Sachsen beträgt der Frauenanteil derzeit 42 %. Dennoch treten wesentlich mehr Männer aktiv in Erscheinung als Frauen*, treten mehr Männer in die Partei ein als Frauen*, schlimmer noch sinkt der Frauen*anteil in den Gremien mit jeder "tiefer" die Ebene politischer Tätigkeiten. Das hat eine Vermännlichung dieser zur Folge, ebenso eine ungleiche Teilhabe an den Entscheidungsprozessen und der inhaltlichen Auseinandersetzung. Es mangelt nach wie vor an nachhaltigen Maßnahmen zur Herstellung gewaltfreier Räume politischer Praxis und Geschlechtergerechtigkeit.

Die Quotierung ist ein wesentliches Element zur Gleichstellung. Durch den absinkenden Frauen*anteil in der Partei sowie den sehr niedrigen Anteil von Frauen* in der Gruppe der jüngeren Neumitglieder wird einerseits auf absehbare Zeit die Arbeitsbelastung für die Frauen* weiter zunehmen oder die Quotierung kann eben nicht mehr aufrecht erhalten werden (bzw. die Gremien müssten entsprechend verkleinert werden). Schon jetzt erweist es sich als schwierig Frauen* als Delegierte, Vorsitzende, Vorstandsmitglieder etc. zu finden und dabei Ämterhäufung zu vermeiden. Nebst Doppelbelastung und Vermännlichung führt dies unweigerlich zu weniger Frauen* in Verantwortung, ungleichen Repräsentations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie einer "Vermännlichung" unserer Inhalte. Das ist ein großes Problem und muss angegangen werden!

Um diese Entwicklung umzukehren, erarbeitet der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit den Stadt- und Kreisverbänden bis zum Jahresende 2022 einen Frauen*förderplan zur Förderung von Frauen*. Dieser im Rahmen der Anti Sexismus Richtlinie beschlossene Maßnahmenplan soll eine Neuausrichtung unserer Strukturen und Praxis auf familienfreundliche Rahmenbedingungen beinhalten, Wege aufzeigen, wie wir mehr Räume für feministische Politik schaffen können, mehr FLINTA* für politische Arbeit gewinnen können und mit einer Evaluierung und Veränderung unserer Sitzungszeiten, Arbeitsweisen und Sprachkultur einhergehen. Dazu gehören u.a. Fragen zur:

- Digitalisierung als Chance zur Gremienmitwirkung
- Kinderbetreuung und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Politik und Familie
- Mentoringprogramme speziell für FLINTA*
- regelmäßige Neumitgliedertreffen FLINTA*
- ein regelmäßiger Austausch des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden und landesweiten Zusammenschlüssen zum Thema: Gleichstellung im Landesverband

Dabei sollen sowohl der Landesvorsitz, die AG Anti-Sexismus als auch der gesamte Landesvorstand eine tragende Rolle in der Erarbeitung des Maßnahmenkatalogs einnehmen. Ein erster Entwurf soll darüber hinaus mit allen Gliederungen der Partei diskutiert und auf einem Parteitag prominent besprochen werden.

Jährlicher Gleichstellungsbericht

Die gleichstellungspolitische Verfasstheit des Landesverbandes soll durch einen jährlichen Gleichstellungsbericht evaluiert werden, welchen die Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik gemeinsam mit der Vertrauensperson erarbeiten. Die Ergebnisse sollen innerparteilich bekannt gemacht sowie breit diskutiert werden. Vorbild hierfür ist der jährliche Bericht der Bundespartei und des zuständigen Genderbüros.

Daraus gewonnene Erkenntnisse fließen wiederum in den Frauen*förderplan ein. Die Strukturdebatte ist ein wichtiger Baustein der notwendigen Parteireform. Mehr feministische Politik und das gemeinsame Ringen für mehr Gleichberechtigung sind dabei das Fundament eines wirklichen Wandels.

Begründung:
erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages: